Mit bewährtem Aargauer Gesundheitssystem in die Zukunft

Das Aargauer Stimmvolk hat entschieden: Auch in Zukunft soll der Grundsatz «Wer verschreibt, verkauft nicht» im Aargauer Gesundheitswesen Gültigkeit haben. Damit hat sich der Souverän klar mit über 110 000 Nein-Stimmen gegen den Medikamentenverkauf durch Ärzte und für die Beibehaltung des heutigen, gut funktionierenden Gesundheitssystems ausgesprochen. Es bleibt beim historischen Aargauer Kompromiss: Hausärzte dürfen dort eine Praxisapotheke führen, wo keine Apotheke in Reichweite ist.

Wie geht es Ihnen nach der Abstimmung?

Müde, aber glücklich. Nach einer intensiven Vorkampagne sind wir seit den Sommerferien im Abstimmungskampf. Wir haben bis am 22.9. alles gegeben und fast pausenlos an der Umsetzung der Kampagne gearbeitet, bis an unsere Grenzen. Darum war es sehr wichtig, dass im Aargau ein ganzes Team die Kampagne getragen hat. Heute bin ich überzeugt, dass uns genau diese Teamarbeit, mit kontinuierlicher Umsetzung und stetiger Motivation, zum Erfolg geführt hat.

Auch in den Apotheken wurde hervorragende und engagierte Arbeit geleistet: Wirklich alle Apothekerinnen und Apotheker haben mit ihren Mitarbeitenden die Vorgaben des Verbandes motiviert umgesetzt, mit eigenen Ideen ergänzt und finanziell unterstützt. Alle haben sich intensiv mit den komplexen Abstimmungskampagnen der Apotheker und Ärzte auseinandergesetzt und den Stimmbürgern immer wieder erklärt, um was es bei der Abstimmung eigentlich geht. Dieser starke gemeinsame Geist war immer spürbar und berührt mich noch heute. Eine Solidarität unbekannten Ausmasses war unter der Apothekerschaft im ganzen Kanton zu spüren und ist sogar über die Kantonsgrenze übergeschwappt. Dies hat uns getragen und immer wieder mit Elan und Energie versorgt.

Bereits 2009 haben wir mit der Revision des kantonalen Gesundheitsgesetzes unser politisches Engagement verstärkt. Heute, nach über drei Jahren intensiver Kampagnenarbeit, ist die Erleichterung sehr gross, dass die Abstimmung klar zugunsten der Pharmazie ausgefallen ist. Die starke Ablehnung der Zusatzverdienst-Initiative der Ärzte gibt uns allen eine grosse Befriedigung. Der Einsatz hat sich vollumfänglich gelohnt.

Nun gilt es zuallererst, die Lehren aus dem detaillierten Abstimmungsergebnis zu ziehen und die nächsten Schritte betreffend Verband und Politik zu bestimmen. Danach gönnen wir uns alle ein bisschen Herbstferien und Erholung.

Welche Erkenntnisse zieht der Aargauische Apothekerverband aus der erfolgreichen Kampagne?

Es ist noch kein Meister vom Himmel gefallen. Eine Volksinitiative zu bekämpfen ist eine Marathonaufgabe. Auf das Abstimmungsergebnis vom vergangenen Wochenende haben wir knapp vier Jahre hingearbeitet – mit Sensibilisierungs- und Imagekampagnen über die Vorkampagne bis hin zur eigentlichen Abstimmungskampagne. Frühzeitig sollten sich erfahrene Apothekerköpfe in einem Führungsorgan zusammenfinden.



Wichtig war sicher auch der Entscheid, eine professionelle PR-Agentur mit grosser Public-Affairs-Erfahrungen beizuziehen. Politik ist nicht unser Kerngeschäft, und Besserwisserei ist auf diesem Gebiet kein guter Ratgeber. Ganz entscheidend war zudem die interne Kommunikation. Sämtliche Angestellten aller Apotheken im Kanton wurden frühzeitig, regelmässig und transparent informiert und miteinbezogen. Viele abendfüllende Informationsveranstaltungen wurden durchgeführt, die vor allem auch zur Teamstärkung beigetragen haben.

Auch der Aargauische Apothekerverband musste sich und seine Organisationsfähigkeit beweisen. Zum einen galt es, für die eigene Initiative in kurzer Zeit möglichst viele Unterschriften zu sammeln. Anderseits wurde ein kantonaler Tag der offenen Apotheke durchgeführt. Beide Aktionen wurden interne und externe Erfolge und legten eine gute Basis, auf die wir im Abstimmungskampf zurückgreifen konnten. Am Ende wusste bis zur Auszubildenden jeder, um was es ging und gegen welche Argumente wir welche Antworten gefunden haben. Damit hatten wir für unsere Kampagne Ende August fast 1000 Botschafterinnen und Botschafter über den ganzen Kanton verteilt. Diese tauschten sich auch regelmässig über die sozialen Medien aus und waren stets gut informiert und hoch interessiert.

Was sind die nächsten Schritte, die der Verband nun plant?

Für die integrierte Versorgung braucht es gegenseitiges Vertrauen. Der Auftrag der Stimmbürger ist ganz klar: Arzt und Apotheker sollen weiterhin zusammenarbeiten. Leider führt ein solcher Abstimmungskampf zu gegenseitigem Vertrauensverlust. Die entstandenen Missverständnisse und Feindbilder müssen nun wieder abgebaut werden. Hierfür muss sich jeder bewusst machen, dass ein Abstimmungskampf nicht der «courant normal» ist.

Das ist keine leichte Aufgabe. Sie muss gut vorbereitet sein und abgesprochen werden – innerhalb des AAV und mit den Verantwortlichen der Ärzteschaft. Ich bin aber zuversichtlich, dass sich beide Berufsverbände auf gemeinsame Massnahmen und Projekte einigen können, um das gegenseitige Vertrauen zum Wohle des Patienten wieder herzustellen.

Vertrauen ist der Grundstein für Projekte innerhalb des Masterplans «Integrierte Versorgung», welcher die Regierung in den kommenden Jahren realisieren möchte. Es wird an den Gesundheitsbehörden liegen, den Wählerauftrag vom September mittels Auswahl und Förderung von Projekten innerhalb der neuen Netzwerkbildung aktiv umzusetzen. Ein wichtiger Teilaspekt sind dabei die Tools aus dem eHealth-Bereich. Um die Zusammenarbeit zu ermöglichen, braucht es einen Informationsaustausch. Diesen zu organisieren und zu standardisieren ist die Aufgabe einer nationalen und kantonalen eHealth-Strategie. Alle Apotheken sind bereits mit

leistungsfähiger Informatik ausgerüstet. Wir sind aber noch nicht so weit, mit all unseren Partnern unter den notwendigen Sicherheitsvorkehrungen elektronisch zu kommunizieren. Die Themen «Integrierte Versorgung», Netzwerke und eHealth werden uns also in nächster Zukunft fordern.

Hat das Abstimmungsresultat auch Einfluss auf nationaler Ebene?

Das Gesundheitswesen darf kein Selbstbedienungsladen sein. Das Bundesgericht hat festgestellt, dass die Kantone im Gesundheitswesen durch die bisherigen bundesrechtlichen Gesetze nicht in ihrer Freiheit eingeschränkt sind. Somit bleibt es auch in Zukunft Sache der Kantone, über die Zusatzverdienste der Ärzte mittels Medikamentenverkauf zu entscheiden. Solange diese Bestimmung gilt, werden Apotheker immer mit Angriffen der Ärzte rechnen müssen.

Hingegen ist es in der griffigen Kampagne im Aargau gelungen, mit alten Märchen zur Selbstdispensation durch Ärzte aufzuräumen. Diese ist nicht günstiger als das Rx-System und sie entspricht in keiner Weise einem Patientenwunsch. Das haben uns auch die Patientenorganisationen, die uns in unserer Kampagnenarbeit unterstützt haben, bestätigt. Der Hausärztemangel kann mit Zusatzverdiensten nicht gestoppt werden, und schon gar nicht, wenn dafür ein funktionierendes Apothekennetz geopfert werden soll.

Als zusätzlichen Schwerpunkt konnten wir das Thema der in der Schweiz neu tätigen ausländischen Ärzte aufgreifen: Es ist uns gelungen aufzuzeigen, dass Ärzte aus Europa in der Schweiz ohne jegliche minimale Praxiserfahrung eine SD-Arztpraxis übernehmen können. Dies, auch ohne vertiefte Kenntnisse unseres schweizerischen Gesundheitswesens, der hiesigen Arzneimittel und deren Abgaben. In Europa hat es sich mittlerweile herumgesprochen, dass eine Landpraxis in der Schweiz eine Goldgrube sei. Diese Anreize gegenüber ausländischen Hausärzten sind absolut falsch gesetzt und müssen auf nationaler Ebene angegangen werden, bevor Patienten zu Schaden kommen. Unser oberstes Ziel muss es immer sein, Qualität und Effizienz zu belohnen. In jedem Fall verhindern müssen wir den Trieb nach Gewinnmaximierung auf Kosten aller Prämienzahlenden.

Interview: Thierry Philbet

La traduction française de cet article paraîtra dans le prochain pharmaJournal